

Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Finanzkommission
vom: 30. November 2008
zur Vorlage Nr.: [2008-199](#) und [2008-199 01-11](#)
Titel: **Voranschlag 2009**
Parlamentarische Anträge zum Voranschlag 2009
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2008/199
2008/199/01-11

Kanton Basel-Landschaft

Landrat

Bericht der Finanzkommission an den Landrat

Voranschlag 2009 Parlamentarische Anträge zum Voranschlag 2009

Vom 30. November 2008

1. Einleitung

Der vorliegende Bericht behandelt neben dem [Voranschlag 2009](#) auch die fristgerecht eingereichten 11 (Vorjahr: 21) [parlamentarischen Budgetanträge](#).

An der Sitzung vom 17. September 2008 orientierten Regierungspräsident Adrian Ballmer und Finanzverwalterin Yvonne Reichlin die Finanzkommission über das Budget 2009. In der Folge haben die vier Subkommissionen den Voranschlag eingehend geprüft.

Wie in den vergangenen Jahren hat die Finanzkommission im Rahmen der Budgetberatung am 22. Oktober 2008 ein ganztägiges Hearing mit der Direktionsvorsteherin und den Direktionsvorstehern und mit dem Präsidenten des Kantonsgerichts durchgeführt. Aus den Ausführungen am Hearing und den zusätzlich bei den Direktionen eingeholten Antworten gingen verschiedene kritische Anmerkungen und Empfehlungen der Subkommissionen hervor.

Am 19. November 2008 hat die Finanzkommission die Berichte der Subkommissionen, die 11 Budgetanträge sowie das [Budget 2009](#) abschliessend beraten und verabschiedet.

2. Generelle Bemerkungen zum Budget 2009

2.1 Würdigung des Budgets 2009 aus der Sicht des Regierungsrates

Das vom Regierungsrat im September 2008 vorgelegte Budget 2009 ist mit einem Aufwandüberschuss von 3,2 Mio. Fr. praktisch ausgeglichen. Gemäss regierungsrätlichem Kommentar ist das gute Ergebnis nicht zuletzt auf die grosse Budgetdisziplin aller Organisationseinheiten zurückzuführen. Das Budget 2009 zeige, dass die in den beiden vergangenen Jahren umgesetzten Steuerreformen (steuerliche Entlastung von Familien und tiefen Einkommen und Unternehmenssteuerreform) verkraftbar seien. Der Kanton investiere im kommenden Jahr in der Rekordhöhe von 339 Mio. Fr. in seine Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit sowie in die Nachhaltigkeit.

Regierungspräsident Adrian Ballmer hielt an der abschliessenden Budgetberatung der Finanzkommission fest, dass sich zwar seit Erstellung des Budgets 2009 in der (Finanz-)Welt einiges sehr verändert hat, das vorlie-

gende Budget und sein Ergebnis aber der aktuellen Wirtschaftslage angemessen sind.

Die Regierung unternimmt alles, um rezessive Tendenzen nicht zu verstärken. Das Budget trägt diesem Bestreben Rechnung:

Einerseits durch die Erhöhung des Investitionsniveaus, da viele wichtige Vorhaben anstehen. Das Ziel ist es, eine Verstetigung der Investitionen auf diesem hohen Niveau zu erreichen. Ein Teil davon ist bereits durch Rückstellungen finanziert.

Andererseits stellen Ausgaben der Laufenden Rechnung Einnahmen für andere, beispielsweise für Unternehmen, dar. Auch ist darauf geachtet worden, die Kaufkraft zu erhalten, so durch den Teuerungsausgleich bei den Mitarbeitenden als auch bei den Prämienverbilligungen im Krankenversicherungsbereich.

Mit dem Budget sollen keine Konjunkturprogramme beschlossen werden, mit denen eine Abkehr von einer vernünftigen, nachhaltigen Finanzpolitik erfolgt; gleichzeitig sollten nicht Kürzungen vorgenommen werden, bevor dies notwendig ist. Der Regierung ist bewusst, dass die Finanzplanung sehr genau zu überprüfen und auch rollend anzupassen ist. Die BAK-Prognosen sind eigentlich zuversichtlich und gehen auch im Jahr 2009 von einem Wachstum aus, das sich ab der zweiten Hälfte 2009 verstärken soll.

2.2 Würdigung des Budgets 2009 aus der Sicht der Finanzkommission

Die Mehrheit der Finanzkommission teilt die verhalten optimistische Lagebeurteilung der Regierung.

Die Erhöhung der Investitionen als Konjunkturstütze findet allgemeine Zustimmung. Auch der veranschlagte Teuerungsausgleich von 2,6% ist unbestritten.

Was weitere Steuersenkungen und die Entwicklung des Personalbestandes angeht, sind die Meinungen jedoch unterschiedlich.

Bezüglich der Auswirkungen der Finanzkrise gibt es in der Finanzkommission optimistische und weniger optimistische Betrachtungsweisen.

Die Wirtschaftsprognosen werden zur Zeit von den Fachleuten eher nach unten revidiert. Tatsache ist, dass die Nordwestschweiz aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur besser aufgestellt ist als andere Regionen der Schweiz. Aber

auch an unserer Region wird die allgemeine Entwicklung nicht spurlos vorübergehen und – voraussichtlich ab 2010 – einschneidende Auswirkungen haben. Ein Teil der Finanzkommission fordert jetzt schon eine Verzichtsplanung; ein anderer Teil erwartet, dass durch die Fortführung der bisherigen soliden Budgetierung positive Signale gesendet werden.

2.3 Wichtige Einflussfaktoren im Voranschlag 2009

Revision Erbschafts- und Schenkungssteuer

Die Revision der Erbschafts- und Schenkungssteuer, über die der Landrat im nächsten Jahr entscheidet, soll laut Vorlage der Regierung einen jährlichen finanziellen Ausfall von knapp zehn Mio. Fr. bringen; beim Budget 2009 wird von einer Inkraftsetzung per Mitte 2009 ausgegangen.

Ressourcenangleich NFA

Der Voranschlag 2009 bildet das zweite Jahr des per 1. Januar 2008 in Kraft gesetzten neuen Finanzausgleichsystems zwischen Bund und Kantonen ab. Das Ressourcenpotenzial 2009 basiert auf den Bemessungsjahren 2003, 2004 und 2005. Der Ressourcenindex des Kantons Basel-Landschaft sinkt von 103,8 im Jahr 2008 auf 102,5, was eine um 5,1 Mio. Fr. tiefere Ressourcenangleichszahlung zur Folge hat (Vorjahr: 14,9 Mio. Fr.).

Defizitbremse

Die Stimmbewölkerung hat der Defizitbremse am 24. Februar 2008 zugestimmt. Die Defizitbremse findet beim Budget 2009 zum ersten Mal Anwendung.

Das Defizit in der Laufenden Rechnung darf im Budget bis zu 3% der budgetierten Erträge aus der Einkommenssteuer betragen. Im Budget 2009 beträgt die zulässige Höhe des Defizits also 27,6 Mio. Fr. Wenn das Defizit im Budget diesen Betrag übersteigt, kann im Budget Eigenkapital zur Kompensation des zu hohen Defizits eingesetzt werden, vorausgesetzt, das Eigenkapital ist höher als 100 Mio. Fr. Mit einem Aufwandüberschuss von 3,2 Mio. Fr. in der Laufenden Rechnung ist der Voranschlag 2009 defizitbremsenkonform, ohne dass Eigenkapital eingesetzt oder der Steuerfuss erhöht werden muss.

Gemäss § 19^{bis} des Steuergesetzes legt der Landrat aufgrund des beschlossenen Voranschlags jährlich den kantonalen Einkommenssteuerfuss für das folgende Steuerjahr fest. Gleichzeitig zum Voranschlag 2009 wird dem Landrat daher das Dekret über den Steuerfuss 2009 zur Genehmigung unterbreitet (vgl. Ziffer 5 des Landratsbeschlusses). Der Steuerfuss für die Einkommenssteuer natürlicher Personen bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 100%.

2.4 Eckwerte des Budgets 2009

Mit einem Aufwandüberschuss von 3,2 Mio. Fr. in der **Laufenden Rechnung 2009** ist das Budget praktisch ausgeglichen.

Die konsolidierten Gesamtausgaben des Kantons steigen infolge der starken Zunahme der Investitionsausgaben voraussichtlich leicht stärker als das Volkseinkommen, was sich in einer Zunahme der **Staatsquote** um 0,2 Prozentpunkte niederschlägt.

Der laufende **Ertrag** steigt gegenüber dem Vorjahresbudget um 50 Mio. Fr. oder 1,8%.

Die **Nettoinvestitionen** steigen gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um 28 Mio. Fr. (21.6%) auf 157,9 Mio. Fr. an.

Die **Bruttoinvestitionen** im weiteren Sinne (inkl. Beiträge an Investitionen Dritter) steigen auf die Rekordhöhe von 338,7 Mio. Fr.

Die **Selbstfinanzierung** sinkt gegenüber dem Vorjahr um 6,1 Mio. Fr. auf 94,6 Mio. Fr.

Die höheren Nettoinvestitionen führen zu einem im Vorjahresvergleich tieferen **Selbstfinanzierungsgrad** von 59.9%. Die Zielgrösse, wonach der Selbstfinanzierungsgrad im mehrjährigen Durchschnitt mindestens 75% erreichen soll, wird trotzdem weiterhin erfüllt: Für die Periode 2006-2009 beträgt der Durchschnitt des Selbstfinanzierungsgrades rund 100%.

Der **Finanzierungssaldo** beträgt -63,3 Mio. Fr. Es ist aber absehbar, dass der aufgrund der Neuverschuldung zusätzliche Kapitalbedarf aus eigenen Mitteln gedeckt werden kann.

Der **Zinsbelastungsanteil** ist weiterhin negativ, da der Nettovermögensertrag grösser bleiben wird als die Passivzinsen.

Das **Eigenkapital** wird per Ende 2009 209 Mio. Fr. betragen.

2.5 Finanzplan 2009-2012

Der Finanzplan 2009-2012 zeigt auf, dass sich im Finanzhaushalt in den kommenden Jahren eine markante Anspannung abzeichnet. Ab 2011 steigen die Defizite – bei unbeeinflusster Entwicklung – in die Grössenordnung von rund 80 Mio. Fr.

Dabei schlagen die geplanten Steuerreformprojekte mit kumuliert 45 Mio. Fr. Ertragsausfall sowie die Mehrbelastung durch die zweite KVG-Revision mit 40 Mio. Fr. im Jahre 2012 zu Buche.

Der Finanzplan schliesst einige grosse Investitionsprojekte mit ein, welche die Kantonsrechnung über Jahre massiv belasten werden. So wird der Selbstfinanzierungsgrad in den nächsten Jahren – je nach der Höhe der beschlossenen Investitionen – den angestrebten Wert bedeutend verringern. Es gilt jedoch, die Verpflichtungen aus Staatsverträgen (FHNW, UNI Basel) einzuhalten. Es ist deshalb ausserordentlich zu begrüessen, dass die Regierung mit einer rollenden Überprüfung der Finanzplanung ihren Handlungsbedarf wahrnehmen wird.

3. Ausgewählte Ergebnisse des Hearings mit den Direktionen und spezifische Bemerkungen der Subkommissionen

3.1 Finanz- und Kirchendirektion

Entwicklung der kantonalen Steuern

Nach gegenwärtigem Kenntnisstand wird die Rechnung 2008 mit einem Saldo der Laufenden Rechnung von ca. 68 Mio. Fr. abschliessen. Damit darf mit Mehreinnahmen von 64 Mio. Fr. gerechnet werden. Grundlage für die Errechnung der Steuereinnahmen für das Jahr 2009 bildete ein Wachstum des Bruttoinlandproduktes von 1.6%.

Analysen des BAK (Stand 5.11.2008) in Bezug auf die volkswirtschaftlichen Eckwerte in der Schweiz zeigen für den Kanton Basel-Landschaft ein reales Wachstum des

Bruttoinlandproduktes im Jahr 2009 von 1.3% auf. Es geht davon aus, dass die chemisch-pharmazeutische Industrie zwar an Dynamik verloren hat, aber weiterhin auf hohem Niveau wächst. Zudem wird davon ausgegangen, dass der private Konsum im kommenden Jahr die Schweizer Wirtschaft stärker stützt als in den anderen Industrieländern. Aufgrund der Prognose sowie der Erfahrung, dass der Kanton Basel-Landschaft traditionell eine zurückhaltende Budgetierung der Steuereinnahmen pflegt, kann das vorliegende Budget als realistisch eingestuft werden.

3.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

Eckdaten

Der Aufwand steigt um 2% auf 717,549 Mio. Fr., der Ertrag um 6% auf 454,115 Mio. Fr. Dies bedeutet, dass sich der Mehraufwand gegenüber dem Budget 2008 um 4% oder 11,222 Mio. Fr. auf 263,434 Mio. Fr. reduziert.

Gesundheitskosten

Dem Mehraufwand des Direktionsbudgets von 263,434 Mio. Fr. können rund 234 Mio. Fr. oder fast 90% dem Sektor Gesundheitskosten zugewiesen werden. Die Spitäler haben daran einen Anteil von rund 138 Mio. Fr.

Spitäler

Im Kommentar der Finanzdirektion zum Budget 2008 wird erwähnt: «Mit der Einführung der Globalbudgets in den Spitalbetrieben wird die Finanzierung stärker mit dem Leistungsauftrag verknüpft. Die Spitalbetriebe erhalten damit einen grösseren unternehmerischen Handlungsspielraum, was ihnen erlaubt, das Optimierungspotenzial besser auszuschöpfen und die Effizienz bei der Leistungserbringung zu steigern».

Das Budget für 2009 sieht wie folgt aus:

Spital	Globalbudget 2008	Globalbudget 2009	Abweichung
Liestal	55'661'300	50'318'940	-5'342'360
Bruderholz	48'221'690	45'508'000	-2'713'690
Laufen	9'685'140	8'764'300	-920'840
Kant. Psych. Dienste	36'489'410	33'135'709	3'353'701
Total	150'057'540	137'726'949	-12'330'591

Die Zahlen (Reduktion des Globalbeitrages um 12,3 Mio. Fr. oder 8,2%) zeigen in die richtige Richtung. Gemäss Auskunft der Direktion gehen auch die Vorbereitungen für die Umstellung auf die Fallkostenpauschale planmässig voran. Dazu gehört auch die vollständige Leistungserfassung (IKS im Patientenwesen). Der Einfluss des revidierten Krankenversicherungsgesetzes, welches am 1.1.2009 in Kraft tritt, kann nur abgeschätzt, aber nicht genau bestimmt werden. So wird sich zeigen müssen, wie sich z.B. die freie Spitalwahl auf die Baselbieter Spitäler auswirken wird.

Bei den Spitälern nimmt der Personalbestand um 109,45 Stellen zu. Über Gründe und Notwendigkeit dieser Zunahme wird in der Finanzkommission kontrovers disku-

tiert. Diesen Fragenkomplex wird die Kommission demnächst – in Absprache mit der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission – mit dem Gesundheitsdirektor und den Spitaldirektoren erörtern.

3.3 Bau- und Umweltschuttdirektion

Das Budget 2009 der BUD schliesst mit einem Mehraufwand von 191 Mio. Fr. ab und ist damit um 10 Mio. Fr. schlechter als im Vorjahr. Gegenüber der Rechnung 2007 fällt das zu erwartende Ergebnis um knapp 9 Mio. Fr. weniger gut aus.

Der Personalaufwand in der BUD nimmt gegenüber dem Budget 2008 nochmals um 5,3 Mio. Fr. ab (Vorjahr bereits -4,512 Mio. Fr.). Dieser Rückgang ist erneut hauptsächlich auf den Wegfall der Personalkosten beim Betrieb und Unterhalt von Hochleistungsstrassen zurückzuführen, die nun aber in den Beiträgen an die ausgelagerte NSNW AG enthalten sind.

Deponieproblematik

Beim Sachaufwand fallen insbesondere Massnahmen im Bereich der Deponien und der Grundwasserüberwachung ins Gewicht (+3 Mio. Fr.). Diese Ausgaben dienen der Untersuchung, Überwachung und Sanierung der Deponien in Muttenz sowie für Bohrungen im Rahmen der Grundwasserüberwachung. Gemäss einer Erhebung des AUE sind im Kanton 2870 Standorte bekannt, die gemäss den Kriterien des Altlastenkatasters – das ab 2010 zur Verfügung stehen soll – als belastete Standorte einzustufen sind. Eine Prognose der in diesem Zusammenhang anstehenden weiteren Kosten ist derzeit noch nicht möglich. Es liegt aber im Interesse der Finanzplanung und einer Priorisierung der notwendigen Massnahmen, wenn in diesem Problembereich die auf den Kanton zukommenden Kosten möglichst bald genauer abgeklärt werden.

Im Investitionsbudget finden sich u.a. zwei Projekte, für die für das Jahr 2009 Fr. 800'000 eingesetzt sind. Es handelt sich einerseits um ein Projekt für einen Verwaltungsneubau im Kreuzboden sowie um ein Lagergebäude für Kulturgüter. Für beide Projekte soll bis Mitte 2009 eine Projektierungskreditvorlage unterbreitet werden. Die bis dahin anfallenden Kosten für die Vorbereitungsarbeiten dürfen gemäss LRB vom 17.6.1992 höchstens Fr. 300'000 pro Objekt ausmachen.

3.4 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

Bei den Beiträgen an Heime und Sonderschulen waren die gestiegenen Kosten im Budget 2008 hauptsächlich auf die Auswirkungen des NFA zurückzuführen. Im Budget 2009 ist nun wiederum eine markante Erhöhung von 6,4 Mio. Fr. bei diesen beiden Positionen nötig, weil 2008 zu tief budgetiert wurde und weil eine steigende Belegung dieser Institutionen verzeichnet wird. Die Entwicklung dieser Kosten muss im Auge behalten werden. Es könnte von Interesse sein, einen Vergleich der Kosten für einen Heimplatz, eine Pflegefamilie und eine therapeutische Wohngemeinschaft aufzuzeigen, um nicht nur in pflegerischer und therapeutischer Hinsicht, sondern auch kostenmässig die besten Platzierungen vorzunehmen.

Der Sachaufwand steigt um 13% oder 4,7 Mio. Fr. an, wovon 4 Mio. Fr. durch die Übernahme der Staatsbeiträge an Lagerkosten der Sekundarschulen (Gegenvorschlag

zur Initiative «Keine Schulgebühren») erklärt sind.

Der Personalaufwand zeigt eine Erhöhung von 1% bzw. 2,8 Mio. Fr. Dies entspricht den 32 Stellen (rund 2%), welche bei den Lehrpersonen aufgestockt werden. Das Werkjahr und die Gymnasien müssen mehr Klassen führen, und die Berufsfachschule Gesundheit führt zusätzliche Kurse. Die Richtzahlen werden bei der Klassenbildung meist unterschritten, was pädagogisch sinnvoll erscheint, aber entsprechende Kosten auslöst.

Harmos soll ab 2010 mit jährlichen Kosten von 1,5 Mio. Fr. umgesetzt werden; im Jahr 2009 sind für alle Teilprojekte rund Fr. 850'000 im Budget enthalten. Die Subko merkt an, dass viel Geld in Umstrukturierungen und Verfahren investiert wird und die Frage offen bleibt, ob die Qualität der Bildung verbessert wird.

Die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften für das Früh-Französisch in der Primarschule wird als separate Vorlage dem Landrat vorgelegt werden, was richtig erscheint.

Im Bereich Archäologie/Museum ist der Ausbildungsplatz gestrichen worden, da betriebliche Voraussetzungen und Personalressourcen fehlen. Die Subko fragt sich, ob genügend Wille vorhanden war, diese Lehrstelle zu erhalten.

4. Anträge des Landrats zum Budget 2009

Antrag Nr. 2008/199/01 der SVP-Fraktion betreffend Massnahmenpaket und Verzichtspannung zur Bewältigung der Finanzkrise

Die Regierung lehnt den Antrag in Form eines Budgetpostulates ab, ist aber bereit, diesen als Postulat entgegenzunehmen. Der vorliegende Budgetantrag sei ein umfassender Auftrag und kein Budgetantrag im engeren Sinne. Bei der Verzichtspannung handle es sich um einen mehrwöchigen Prozess, der sicherlich nicht vor der Budgetdebatte im Landrat abgeschlossen sein werde.

In der Finanzkommission wird bezweifelt, dass ein Budgetpostulat in ein Postulat umgewandelt werden könne.

Die SVP zieht angesichts dieser formalen Bedenken das Budgetpostulat zurück. Es wird in Aussicht gestellt, den Vorstoss als Postulat neu einzureichen.

Antrag Nr. 2008/199/02 der FDP-Fraktion betreffend Personalaufwand (Kto. 30). Der Personalaufwand ist auf das Sollstellenniveau des Vorjahres zu kürzen, ausgenommen sind in landrätlichen Kredite bewilligte Stellen.

://: Die Finanzkommission beantragt mit 6:5 Stimmen bei 1 Enthaltung und mit dem Stichentscheid des Präsidenten, den Budgetantrag Nr. 2008/199/02 abzulehnen.

Die Mehrheit der Kommission schliesst sich der Argumentation des Regierungsrates an und lehnt den Antrag ab. Das Stellenwachstum ist praktisch in denjenigen Bereichen eingetreten, welche nicht direkt durch den Regierungsrat gesteuert werden können. Die Stellenzunahmen gehen auch mehrheitlich auf entsprechende Landratsbeschlüsse zurück.

Der Stellenausbau bei den Spitalbetrieben steht im Zu-

sammenhang mit der Erfüllung des Versorgungsauftrags und mit arbeitsrechtlichen Vorschriften. Aufgrund der mit dem Globalbudget eingeräumten unternehmerischen Freiheit liegt die Entscheidung bezüglich Stellenausbau in der Kompetenz der Spitalbetriebe.

Die antragstellende – knappe – Minderheit weist auf die laufenden Aufstockungen angesichts bestehender, noch nicht besetzter Vakanzen hin. Sie fragt mit dem Hinweis auf die bestehende gute Qualität und hohe Effizienz der Spitäler, warum ein so grosser Stellenausbau beim Pflegepersonal nötig sei. Auch im Bildungsbereich sei zu fragen, warum bei inskünftig sinkenden Schülerzahlen die Anzahl Lehrpersonen steigt.

Antrag Nr. 2008/199/03 der SVP-Fraktion betreffend Berater, Gutachten, Experten, alle (Konto 3182) -2'000'000.-

://: Die Finanzkommission beantragt mit 6:4 Stimmen bei 1 Enthaltung, den Budgetantrag Nr. 2008/199/03 anzunehmen.

Die Mehrheit stellt fest, dass ein stetiger Anstieg dieses Kontos festzustellen sei. Es gibt auch auslaufende Mandate, weshalb die Kosten dieses Kontos nicht zwangsläufig ansteigen müssen. Sinn dieses Antrages ist es, dass ernsthafte Überlegungen dazu angestellt werden, wie die Kosten auf einem bestimmten Niveau gehalten werden können.

Die ablehnende Minderheit schliesst sich der Argumentation der Regierung an. Die Verwaltung ist auf externe Beratung angewiesen – vor allem bei Grossprojekten. Im Auftrag der landrätlichen Finanzkommission hat die Finanzkontrolle 2007 eine Schwerpunktsprüfung der Beratungsdienstleistungen vorgenommen und festgestellt, dass die Verwaltung in aller Regel sehr zurückhaltend ist, was den Beizug externer Berater angeht.

Die Umsetzung des höheren Investitionsniveaus bedingt eine Erhöhung der externen Planungsressourcen.

Antrag Nr. 2008/199/04 der CVP/EVP-Fraktion betreffend Telefongebühren, Porti, Leitungen, alle (Konto 3185) -550'000.-

Die CVP/EVP-Fraktion zieht den Antrag zurück; dies aufgrund der ausführlichen Antwort der Regierung und deren Zusicherung, zu prüfen, ob allenfalls noch Optimierungspotenzial vorhanden sei.

Die Fraktion wird entscheiden, ob das Anliegen noch als Postulat eingereicht werden soll.

Antrag Nr. 2008/199/05 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion Löhne Verwaltungspersonal um 3 Vollstellen bzw. ca. Fr. 390'000, Direktion: FKD (Konto 301.20) ca. -390'000.-

Die SVP-Fraktion zieht den Antrag zurück. Sie entnimmt der Begründung des Regierungsrates, dass der grösste Teil der neu geschaffenen Vollstellen vom Landrat bewilligt worden ist (z.B. ERP, Revisorat).

Antrag Nr. 2008/199-06 der SVP-Fraktion betreffend Prämienverbilligung, Direktion: FKD (Konto 2165.366.20) -2'500'000.-

Die SVP-Fraktion zieht den Antrag zurück, nachdem die Regierung nun für ihren Entscheid eine umfassende Begründung bekanntgegeben hat.

Antrag Nr. 2008/199/07 der FDP-Fraktion betreffend Erhöhung der Investitionen in die Erneuerung der Kantonalen Hochleistungsstrassen, Direktion: FKD (Konto 2314.501.30) +3'000'000.-

://: Die Finanzkommission lehnt den Budgetantrag Nr. 2008/199/07 mit 9:3 Stimmen ab.

Die Mehrheit der Kommission schliesst sich der Argumentation des Regierungsrates an.

Um im Jahr 2009 zusätzliche Mittel investieren zu können, müssten entsprechende Projektgrundlagen vorliegen. Weil dies nicht der Fall ist, ist es fraglich, ob wegen der relativ grossen Vorlaufzeit Bauinvestitionen in der Gröszenordnung von zusätzlich 3 Mio. Fr. überhaupt realisierbar wären. Auf jeden Fall ist eine seriöse Projektentwicklung nicht möglich – nicht zuletzt auch wegen der begrenzten personellen Ressourcen.

Die antragstellende Minderheit bekräftigt die Absicht ihres Antrags, das Investitionsniveau im Bereich der Hochleistungsstrassen zu erhöhen, um eine Verstetigung zu erreichen. Auch könnte damit ein Betrag zur Belebung der Konjunktur geleistet werden.

Antrag Nr. 2008/199/08 von S. Imber (FDP-Fraktion) betreffend Römerstadt Augusta Raurica, Arbeitsplätze Steinlager: Streichung des Verpflichtungskredits, Direktion: BKSD (Konto 2320.503.30-257) -500'000.-

://: Die Finanzkommission beantragt mit 11:0 Stimmen bei 1 Enthaltung, dass der im Budget eingestellte Betrag von Fr. 500'000 um Fr. 200'000 auf Fr. 300'000 reduziert wird.

Die Regierung lehnt den ursprünglichen Antrag ab, da es um Mittel für Planungsarbeiten gehe, um einigermaßen menschenwürdige Arbeitsplätze schaffen zu können. Wenn dieser Betrag im Budget eingestellt ist, bedeutet dies noch keine Zustimmung zu einem Projekt. Vielmehr wird dem Parlament eine Vorlage für einen Projektierungskredit unterbreitet werden; dann wird auch die materielle Diskussion geführt werden können.

Es ist in der Finanzkommission unbestritten, dass die Arbeitsplatzverhältnisse verbessert werden müssen. Die Finanzkommission entnimmt allerdings der regierungsrätlichen Antwort, dass die Planungsarbeiten erst im 4. Quartal an die Hand genommen werden sollen. Dies bedeutet, dass der Betrag von Fr. 500'000 im Jahr 2009 gar nicht verbraucht werden kann und eigentlich um Fr. 200'000 auf Fr. 300'000 reduziert werden könnte.

Antrag Nr. 2008/199/09 der SVP-Fraktion betreffend Hauptabteilung Kulturelles, Bespielung des römischen Theaters in Augusta Raurica, Direktion: BKSD (Konto 2580.318.90) -600'000.-

Antrag Nr. 2008/199/10 der FDP-Fraktion betreffend Bespielung Römertheater, Direktion: BKSD (Konto 2580.318.90) -600'000.-

://: Die Finanzkommission lehnt die Anträge Nr. 2008/199/09 und Nr. 2008/199/10 mit 6:5 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

Die Mehrheit der Finanzkommission schliesst sich der Argumentation des Regierungsrates an.

Die Finanzierung der weiteren Bespielung des römischen Theaters nach der erfolgreichen Startphase kann nicht durch den Lotteriefonds erfolgen. Es fallen Kosten für das Bereitstellen einer Basisinfrastruktur (Verkehrssicherung, Beleuchtung, Strom, Wasser, etc.) und für die Information der Anwohner an; auch müssen der Gemeinde gewisse Abgeltungen bezahlt werden. Angesichts des unsicheren Wetters und der relativ kurzen Bespielungszeit sind die Aufführungen einem Risiko ausgesetzt. Es braucht eine Basissubvention des Kantons, damit dort überhaupt Aufführungen stattfinden können. Dazu ist eine Landratsvorlage vorgesehen.

Für einen Teil der Minderheit käme auch ein Verpflichtungskredit über mehrere Jahre in Frage; allerdings bräuchte es für die Übergangszeit einen Lotteriefondsbeitrag.

Antrag Nr. 2008/199/11 der CVP/EVP-Fraktion betreffend Entlohnung des Ombudsmann, Direktion: Landeskanzlei (Konto 30120) -20'000.-

Die CVP/EVP-Fraktion entnimmt der Antwort des Regierungsrates, dass es für eine Änderung der Lohnklasse eine Gesetzesänderung braucht. Die entsprechende Vorlage zur Änderung des Personaldekrets (2008/245) ist in Beratung.

Die Fraktion zieht den Budgetantrag 2008/199/11 zurück.

5. Anträge des Regierungsrats zum Budget 2009

Änderung der Verordnung über die Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung (Prämienverbilligungsverordnung, PVV) Erhöhung Konto 2165.366.20 +2'500'000.-

Die Regierung hat die Prämienverbilligungsverordnung per 1. Januar 2009 geändert. Die monatliche Richtprämie beträgt neu Fr. 185 für Erwachsene, Fr. 160 für jugendliche Erwachsene und Fr. 115 für Kinder, was eine Erhöhung des Kontos 2165.366.20 um 2,5 Mio. Fr. erforderlich macht.

://: Die Finanzkommission stimmt dem Antrag einstimmig mit 11:0 Stimmen zu.

Berufsfachschule Gesundheit im SpenglerPark Münchenstein; Sofortmassnahme Einmietung Übergangslösung

In der Berufsschule Gesundheit hat sich die Zahl der Lernenden in den Jahren 2004-2008 von 419 auf 820 beinahe verdoppelt. Um einen reibungslosen und effizienten Schulbetrieb ermöglichen zu können, beantragt der Regie-

rungsrat als Übergangslösung die Einmietung in zusätzliche Räumlichkeiten des SpenglerParks.

Sowohl in der Gesundheitsversorgung als auch in der Versorgung alter Menschen wird dringend Pflegepersonal benötigt. Dank der gesteigerten Nachfrage nach dieser Berufsausbildung bestehen gute Chancen, das Pflegepersonal inskünftig vor Ort rekrutieren zu können.

Mit einem Dringlichen Beschluss beantragt der Regierungsrat, den Betrag von Fr. 101'500 im Budget 2009 für eine Übergangslösung (Januar 2009 bis Ende Juli 2009) noch zu berücksichtigen.

Für eine Erweiterung der Einmietung unterbreitet er dem Landrat eine Vorlage (2008/300). Der Landrat sollte den Entscheid über den Verpflichtungskredit spätestens im Frühling 2009 gefällt haben, damit die Räumlichkeiten rechtzeitig per August 2009 bereitstehen. Für die Zeit von August bis Ende Dezember 2009 werden Kosten von Fr. 268'755 anfallen, die auf Antrag der Regierung und nach Meinung der Finanzkommission im Budget 2009 ebenfalls noch zu berücksichtigen sind. Ab 2010 werden die Mittel im ordentlichen Budget eingestellt werden.

://: Die Finanzkommission nimmt von den Dringlichen Sofortmassnahmen für die Übergangslösung gemäss RRB Nr. 1560 Kenntnis.

://: Die Finanzkommission beantragt einstimmig mit 11:0 Stimmen, die Mietkosten für die Übergangslösung vom 1. Januar 2009 bis 31. Juli 2009 im Betrag von Fr. 101'500 im Budget 2009 zu berücksichtigen.

://: Die Finanzkommission beantragt einstimmig mit 12:0 Stimmen, die Mietkosten für die Erweiterung der Einmietung für die Zeit vom 1. August 2009 bis 31. Dezember 2009 im Betrag von Fr. 268'755 im Budget 2009 zu berücksichtigen.

6. Dringliche Vorstösse zum Budget 2009

Postulat [2008/247](#), eingereicht von Daniel Münger: Finanzkrise – Auswirkungen aufs Baselbiet?

Postulat [2008/248](#), eingereicht von Karl Willimann: Budget 2009 und Finanzplan 2009-2012 überprüfen

Sowohl Postulant Daniel Münger als auch Postulant Karl Willimann erklären sich mit den Antworten der Regierung zufrieden.

://: Die Finanzkommission beantragt stillschweigend, die beiden Vorstösse als erfüllt abzuschreiben.

7. Detailberatung Landratsbeschluss

Ziffern 1, 2 und 3

Die regierungsrätlichen Anträge 1, 2 und 3 zum Budget 2009 werden gemäss den Anträgen der Finanzkommission zahlenmässig abgeändert.

So erhöht sich der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung 2009 um 0.9 Mio. Fr. auf 4.1 Mio. Fr.

Ziffer 6

Postulat [2007/307](#) von Karl Willimann: «Schuldenabbau des Kantons in guten Zeiten angehen»

Postulant Karl Willimann ist mit der Abschreibung seines Vorstosses nicht einverstanden. Die angeführten Begründungen erachtet er vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise als nicht zutreffend.

Dem wird aus der Finanzkommission entgegengehalten, dass die Schuldenproblematik die Rechnung nicht belastet. Ebenso wenig würden kommende Generationen damit belastet, da ja ein Gegenwert in Form realer Investitionen vorhanden sei.

://: Die Finanzkommission beantragt mit 8:3 Stimmen, das Postulat [2007/307](#) abzuschreiben.

8. Antrag

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat mit 10:1 Stimmen und ohne Enthaltungen, den Voranschlag 2009 gemäss abgeändertem Entwurf des Landratsbeschlusses zu genehmigen.

Binningen, 30. November 2008

Namens der Finanzkommission

Der Präsident:

Marc Joset

Beilagen

- Entwurf Landratsbeschluss (von der Kommission abgeändert)
- Entwurf «Dekret über den Steuerfuss 2009» (gemäss Ziffer 5 des Landratsbeschlusses)

Landratsbeschluss

Voranschlag 2008

vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Dem Budget 2009 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwand von 2'758.1 Mio. Franken (einschliesslich Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 97.8 Mio. Franken) und einem Ertrag von 2'754.0 Mio. Franken, was einen Aufwandsüberschuss von 4.1 Mio. Franken ergibt, wird zugestimmt.
2. Dem Investitionsbudget 2009 mit Ausgaben von 296.5 Mio. Franken und Einnahmen von 138.8 Mio. Franken, ergebend einen Ausgabenüberschuss von 157.7 Mio. Franken, wird zugestimmt.
3. Von der Gesamtrechnung, bestehend aus einem Aufwandsüberschuss in der Laufenden Rechnung von 4.1 Mio. Franken, Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 97.8 Mio. Franken, einem Ausgabenüberschuss in der Investitionsrechnung von 157.7 Mio. Franken, was einen Finanzierungsbedarf von 64.0 Mio. Franken ergibt, wird Kenntnis genommen.
4. Die geänderten Leistungsaufträge der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion, der Sicherheitsdirektion, der Bau- und Umweltschutzdirektion sowie der Finanz- und Kirchendirektion werden zur Kenntnis genommen. Gemäss § 4 Abs. 2 und § 5 des Dekretes zum Finanzhaushaltsgesetz haben diese Dienststellen die Kreditverschiebungskompetenz.
5. Mit beiliegendem Dekret zum Steuerfuss 2009 wird der Steuerfuss für die Einkommenssteuer natürlicher Personen für das Jahr 2009 auf 100% festgelegt.
6. Das Postulat 2007/307 von Karl Willimann (SVP), Schuldenabbau des Kantons in guten Zeiten angehen, wird als erfüllt abgeschrieben.

Liestal,

Im Namen des Landrates

Der Präsident:

Der Landschreiber:

**Dekret
über den Steuerfuss 2009**

Vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf § 19^{bis} des Gesetzes vom 7. Februar 1974¹ über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) sowie gestützt auf § 32b Absatz 4 Buchstabe a des Finanzhaushaltsgesetzes vom 18. Juni 1987², beschliesst:

§ 1 Steuerfuss 2009

Der kantonale Einkommenssteuerfuss für das Steuerjahr 2009 beträgt 100%.

§ 2 Inkrafttreten

Dieses Dekret tritt am 1. Januar 2009 in Kraft.

1 GS 25.427, SGS 331

2 GS 29.492, SGS 310